

**Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014
LSVD / VelsPol**

Frage 1: Wie bewerten Sie die bisherige Politik der Brandenburger Landesregierung zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen?

Die Gleichstellungspolitik der Landesregierung erachten wir als unzureichend. Sie ist geleitet vom politischen Kalkül, insbesondere der SPD, unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und nur auf das Notwendigste beschränkt. Aufklärungsinitiativen und Ansprechpartner wurden nicht nachhaltig gefördert, notwendige Schritte in der Bildungspolitik nicht gewagt.

Frage 2: Werden Sie sich im Bundesrat für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien einsetzen?

Wir wollen uns über Bundesratsinitiativen sowohl für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, als auch für deren volles Adoptionsrecht einsetzen.

Frage 3: Werden Sie sich für die Einführung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Brandenburger Regenbogenfamilien einsetzen?

Wir halten eine Beratung für LSBT* und auch für Regenbogenfamilien für dringend erforderlich und setzen uns daher für den Bestand und den Ausbau bestehender Beratungsangebote sowie deren Finanzierung ein.

Frage 4: Werden Sie sich in Brandenburg für die Einführung eines Aktionsplanes gegen Homophobie und Transphobie, vergleichbar wie in anderen Bundesländern, einsetzen?

Ja, eine Einführung eines Aktionsplanes ist unter Berücksichtigung bestehender Initiativen und in gemeinsamer Abstimmung sinnvoll.

Frage 5: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema sexuelle Identität an Brandenburger Schulen stärker gefördert wird? Wenn ja, wie?

Die Aufklärung und Sensibilisierung zum Thema sexuelle Identität sehen wir als Grundvoraussetzung für mehr Akzeptanz von LSBT und den Abbau von Diskriminierung. Wir fordern daher eine verbindliche Implementierung der Thematik der sexuellen Identität in den Lehrplan der Schulen. Zudem müssen Lehrkräfte Ansprechpartner für LSBT sein. Sie müssen daher obligatorisch in Aus- und Fortbildung sensibilisiert und qualifiziert werden.

Frage 6: Halten Sie die existierenden Erkenntnisgrundlagen in Brandenburg (z.B. Kriminalitätsstatistik) in Bezug auf homophobe und transphobe Gewalttaten für ausreichend?

Wir halten die offiziellen Statistiken nicht für hinreichend, um eine Aussage über Anzahl und Intensität homo- und transphober Gewalttaten treffen zu können. Die Dunkelziffer von nicht angezeigten Taten ist hier zu hoch.

Frage 7: Was wollen Sie gegen vorurteilsmotivierte Gewalt unternehmen? Wie wollen Sie Opfer homophober und transphober Gewalt unterstützen?

Der Abbau von Homo- und Transphobie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der Schule mit der Aufklärung über die sexuelle Identität beginnt und sich mithilfe von Aufklärungskampagnen in die weitere Gesellschaft fortsetzt. Gewalt kann nur durch Bildung und den Abbau von Vorurteilen verhindert werden. Homosexualität und Transsexualität muss letztendlich in allen Teilen der Gesellschaft akzeptiert werden. Das ist unser Ziel, dafür werden wir uns einsetzen.

Opfer homo- und transphober Gewalt muss die Scheu genommen werden, betreffende Straftaten zur Anzeige zu bringen. Dafür ist eine Sensibilisierung der Polizei notwendig – auch, um entsprechende Übergriffe richtig zu kategorisieren.

Frage 8: Welchen Beitrag zur Rehabilitierung von Menschen, die nach 1945 wegen ihrer Homosexualität Strafverfolgung zum Opfer fielen, wollen sie leisten?

Die Notwendigkeit der Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer einer Verurteilung wegen Homosexualität steht außer Frage. Dabei ist entweder eine Möglichkeit der Wiederaufnahme

betreffender Verfahren zu schaffen oder eine pauschale Aufhebung aller Urteile durch den Bundestag vorzunehmen. Zudem ist eine Entschädigung als Sozialleistung unabdingbar. Dafür wollen wir uns ebenso über Bundesratsinitiativen einsetzen.